

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15



## Inhalt

Horst Sielaff MdB wirft der Regierung Kohl agrarpolitischen Bankrott vor.

Seite 1

Wolfgang Triese MdB und Christoph Zöpel MdB geben der Sicherheit des Wohnens in Ostdeutschland oberste Priorität.

Seite 2

Ernst Schwanhold MdB begrüßt die "Gemeinsame Initiative für eine ökologisch soziale Marktwirtschaft": Auf dem richtigen Weg.

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB fordert faire Parlamentswahlen in Togo: Prüfstein für die Demokratisierung.

Seite 5

49. Jahrgang / 23

2. Februar 1994

### Abgewirtschaftet

**Kohl-Regierung auch agrarpolitisch auf rasanter Talfahrt**

Von Horst Sielaff MdB

**Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die deutsche Landwirtschaft im früheren Bundesgebiet ist bis heute nicht für den EU-Binnenmarkt gerüstet. Lediglich Mittelmaß konnte die Kohl-Regierung trotz enormer Förderungen erreichen. Wettbewerbsfähigkeit und Marktorientierung lassen gegenüber den wichtigsten Konkurrenten der EU stark zu wünschen übrig.

Die Talfahrt der Gewinne der Vollerwerbsbetriebe beschleunigt sich - über sechs Prozent Rückgang im Berichtszeitraum, zehn bis fünfzehn Prozent im laufenden Wirtschaftsjahr. Der Abstand zu den Einkommen in der übrigen Wirtschaft hat sich vergrößert. Die Kluft war noch niemals so groß wie heute. Vernichtender kann das Urteil über die Politik einer Regierung nicht sein. Auch in der Agrarpolitik hat die Kohl-Regierung abgewirtschaftet.

Jetzt rächen sich die Versäumnisse der Vergangenheit:

- Verhinderung rechtzeitiger Reformen in der EG-Agrarpolitik mit der Maßgabe, strukturelle und betriebswirtschaftliche Anpassungen bei sozialer Abfederung vorzunehmen.
- Setzung falscher agrarpolitischer Prioritäten durch eine überbottene Einkommenspolitik mit deutlich strukturkonservierender Wirkung.

Die Leidtragenden sind die durch die Bundesregierung und die Bonner Koalitionsparteien fehlgeleiteten Bäuerinnen und Bauern bei uns.

Trotz aller Schwierigkeiten mit der Umstrukturierung der Landwirtschaft und der Landvergabe in den neuen Ländern zeigt der Agrarbericht in Ansätzen eine positive Einkommensentwicklung dort auf Grund einer im Gegensatz zu den alten Ländern günstigeren strukturellen Entwicklung.

Was Not tut, ist die Neubeschreibung und Neubeschreibung des agrarpolitischen Weges in den alten Ländern, nicht nur verbal, sondern ablesbar an den Maßnahmen und ihren Dotierungen im Bundeshaushalt und in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemmlinger Umwelt  
mit versapften Rohstoffen  
Recycling-Papier



Hier zeigt sich bis heute: diese Bundesregierung und ihre Parteien sind im Wahlfahr - oder gerade deswegen - nicht fähig, den Menschen auf dem Lande zu sagen, was Not tut, um Wettbewerbsfähigkeit, Marktorientierung und Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft in Deutschland herzustellen:

- Bis heute gibt es keinen Beschluß des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz der Aufschluß darüber gibt, mit welcher Intention Landwirtschaft und ländliche Räume angesichts der dramatischen Situation gefördert werden sollen.
- Zusätzliche Einsparungen im Bundeshaushalt von nicht weniger als 186,6 Millionen DM drohen in erster Linie zu Lasten von Investitionen zur Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft und lebenswerter ländlicher Räume zu gehen.
- Ein integriertes Konzept zur Weiterentwicklung und Förderung des ländlichen Raumes, angekündigt zu Beginn der Legislaturperiode, liegt bisher nicht vor. Dabei wäre ein solches integriertes Konzept zur Unterstützung und Abfederung des Strukturwandels in der Landwirtschaft und zur Entwicklung ländlicher Räume gerade jetzt besonders wichtig.
- An der Agrarsozialpolitik doktern Bundesregierung und Regierungsparteien nunmehr schon über ein Jahrzehnt herum. Die Agrarpolitiker von CDU/CSU und FDP haben immer noch nicht die Zeichen der Zeit verstanden. Sie wollen die Agrarsozialpolitik noch weiter als einkommenspolitisches Instrument ausbauen.

Wir Sozialdemokraten werden das so nicht mitmachen. Jetzt müssen Prioritäten neu gesetzt werden, um Wettbewerbsfähigkeit, Marktorientierung, noch bessere Umweltverträglichkeit unserer Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt und eine langfristig stabile agrarsoziale Sicherung zu erreichen. In ein solches Gesamtkonzept muß die Agrarsozialpolitik bei besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Strukturkomponente und die Einführung der Alterssicherung für Bäuerinnen auf der Basis eigener Beiträge und bereits erworbener Ansprüche eingeordnet werden.

Wir lassen uns nicht in die Ecke stellen. Die Strategie der Koalitionsparteien, die Agrarsozialreform scheitern zu lassen, werden wir durchkreuzen.

Der Agrarbericht 1994 macht deutlich, diese Bundesregierung und Ihre Parteien haben auch agrarpolitisch abgewirtschaftet. Die Wahlen in diesem Jahr machen einen dringend erforderlichen agrarpolitischen Neubeginn möglich. Die Menschen auf dem Lande bei uns haben es in der Hand.

(-/2. Februar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Sicherheit des Wohnens in Ostdeutschland hat erste Priorität**

**Von Wolfgang Thierse MdB**

**Stellvertretender Parteil- und Fraktionsvorsitzender der SPD**

**und Christoph Zöpel MdB**

**Mitglied der Regierungsprogrammkommission '94 für die Bereiche Wohnen/Mieten und Verkehr**

1. Viele Mieterinnen und Mieter fürchten, ihre Wohnung nicht mehr bezahlen zu können oder sie aus anderen Gründen zu verlieren. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir eine Verlängerung des Kündigungsschutzes ebenso wie problemangemessene Wohngehdrege

lungen in Ostdeutschland. Sicherheit des Wohnens muß gerade auch einkommensschwachen Mieterinnen und Mietern gewährleistet werden.

2. Erste Priorität der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik haben die Erneuerung und Modernisierung sowohl der Städte, Quartiere und Stadtteile der Vorkriegszeit als auch der zwischen 1950 und 1990 errichteten Wohngebiete. Die verfügbaren privaten und öffentlichen Finanzmittel sollen deshalb noch für lange Zeit sowohl für die Instandsetzung und Modernisierung als auch für den Um- und Ausbau eingesetzt werden. Bei all diesen Maßnahmen sollens ich die Mieter beteiligen können. Zum baulichen und sozialen Erhalt der Wohnsiedlungen und Stadtteile aus der Zeit zwischen 1950 und 1990 gehört auch die Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur. Eine Abwanderung aus diesen Wohnsiedlungen würde die Probleme der Städte und Gemeinden Ostdeutschlands verschärfen.
3. Nach wie vor verursachen die Altschuldenfrage - trotz des von der SPD erreichten Kompromisses beim Förderalen Konsolidierungsprogramm - und die ungeklärten Eigentumsverhältnisse schwierige Probleme in den neuen Bundesländern. Deshalb wollen wir das Altschuldenhilfegesetz kritisch überprüfen und - wo erforderlich - novellieren. Die Privatisierungspflicht bei Privatisierungserlösen an den Erblastenfonds, welche die Unternehmen unnötig unter Zeitdruck setzt, bedarf der Änderung.

Über ungeklärte Fragen der Eigentumsverhältnisse wird es bis Ende April 1994 zu einem klärenden Gespräch zwischen Vertretern der SPD und des Deutschen Mieterbundes kommen.

4. Wohnungs- und Städtebaupolitik wird sich einpassen in das Gesamtkonzept sozialdemokratischen Regierungshandelns; das sind vor allem die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen für Bund, Länder und Gemeinden sowie die Modernisierung und Dezentralisierung staatlichen Handelns. Die SPD wird in ihrem Regierungsprogramm keine Versprechungen machen, die nicht finanziert werden können. Alle Vorhaben müssen dem Ziel der langfristigen Haushaltskonsolidierung entsprechen.

Das Recht der Wohnungsbauförderung sowie das Mietrecht müssen einfacher, durchschaubarer und gerechter werden. Dabei können viele Zuständigkeiten vom Bund auf Länder und Gemeinden übertragen werden, ohne daß sich der Bund aus seiner gesamtstaatlichen Finanzierungsverantwortung zurückzieht.

(-/2. Februar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Auf dem richtigen Weg

Gemeinsame Initiative für eine ökologisch soziale Marktwirtschaft

Von Ernst Schwanhold MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt"

Die von den beiden Mitgliedern der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt", Professor Holger Bonus (Westfälische Wilhelms-Universität) und Jürgen Walter (Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik) mitgetragene gemeinsame Initiative für eine ökologisch soziale Marktwirtschaft ist ein wichtiger Beitrag in der

Diskussion um den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Ein besonders hervorzuhebender Ansatz ist das Eintreten für eine ökologische Steuerreform zur Bekämpfung unserer Probleme wie Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung.

Wir sind mit unserer bisherigen Art des Wirtschaftens, das nur auf Wachstum um jeden Preis ausgerichtet ist, maßgeblich für unsere Umwelt- und Strukturprobleme mitverantwortlich. Daher ist ein Denken, das nachhaltiges zukunftsverträgliches Wirtschaften auf den Gebieten der Ökologie, Ökonomie und Soziales als Leitbild anerkennt, unerlässlich. Nur so kann eine der wichtigsten Mitvoraussetzungen für unseren sozialen Frieden, nämlich Beschäftigung für alle, verwirklicht werden.

Dabei muß klar sein, daß in Deutschland produziert werden muß, das aber mit Sinn und Verstand. Der Staat muß die Rahmenbedingungen, um eine ökologisch soziale Marktwirtschaft umzusetzen. Nur da, wo auf umweltschonende Weise produziert wird, entsteht ein Wachstum auf qualitativ hohem Niveau. Es wäre zudem volkswirtschaftlich unsinnig, die Arbeitslosigkeit durch ein Nullwachstum zu bekämpfen. Die dazu gehörenden Rahmenbedingungen müssen jedoch mit nur geringem Verwaltungsaufwand und ökonomisch effizient gesetzt werden.

In unserer Gesellschaft ist der Preis für den Faktor Umwelt im Verhältnis zu den anderen Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit zu billig. Er sagt nicht die ökologische und soziale Wahrheit. Daher ist es begrüßenswert, wenn die o.a. gemeinsame Initiative sich kritisch mit unserem bisherigen Steuersystem auseinandersetzt und nachweist, daß dieses System Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sogar begünstigt.

Grundlage für die ökologische Steuerreform muß jedoch auch ihre ökonomische und soziale Verträglichkeit sein. Daher ist es nur logisch, daß neue Steuern die Streichung beziehungsweise Senkung entsprechender ergebiger, herkömmlicher Steuern zur Folge haben muß. Beim Umbau unseres bisherigen Steuersystems müssen alle bisherigen Steuern auf den Prüfstand. Bei all diesen Überlegungen möchte ich nochmals besonders darauf hinweisen, daß die Sozialverträglichkeit nicht auf der Strecke bleiben darf. Um eine optimale Wirkung einer solchen Reform zu erzielen, ist die Forderung nach graduellen Änderungen sinnvoll, um die erwünschte Lenkungswirkung Schritt für Schritt umzusetzen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals auf die Anregungen verweisen, die die SPD zusammen mit der IG Chemie-Papier-Keramik in ihrem gemeinsamen Papier zum Chemiestandort Deutschland Ende letzten Jahres formuliert haben:

"Die SPD regt steuerliche Reformen an, die sich an ökologischen Zielen orientieren. Sie dienen nicht der Ausweitung der Staatsquote, sondern müssen zielgerichtet ökologische und ökonomische Innovationsprozesse fördern. Die steuerliche Bewertung des Umweltverbrauchs geht deshalb mit der mittelfristigen Entlastung des Faktors Arbeit einher. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die IG Chemie-Papier-Keramik regt zur Thematisierung steuerlicher Reformen unter ökologischen Gesichtspunkten die Bildung einer Arbeitsgruppe an, in der auch andere gesellschaftliche Gruppen beteiligt werden sollen."

Und auch im Wirtschaftsprogramm der SPD nach den Beschlüssen ihres Bundesparteitages in Wiesbaden wird die Forderung nach einer ökologischen Steuerreform im Zusammenhang einer gesamtdeutschen Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum aufgestellt. Es heißt unter anderem: "Mit einer ökologischen Steuerreform sollen neue Wachstumsmärkte erschlossen und der Faktor Arbeit entlastet werden; damit verbinden wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem Kampf gegen Umweltzerstörung." Wir sind also auf dem richtigen Weg.

(-/2. Februar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Prüfstein für die Demokratisierung Togos**  
**Aufforderung zu fairen Parlamentswahlen in Togo**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Vor dem ersten Durchgang der Parlamentswahlen in Togo ist Präsident Eyadema aufgefordert, für faire und demokratische Parlamentswahlen in Togo zu sorgen. Dazu gehört auch, daß er das Ergebnis der Parlamentswahlen anzuerkennen bereit ist und daß Wahlanfechtungen korrekt behandelt werden. Letzteres scheint nunmehr gewährleistet zu sein. Das ist zu begrüßen.

Aber auch die neuen demokratischen Parteien, das heißt die Opposition des nicht demokratisch gewählten Präsidenten Eyadema ist aufgefordert, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen und sie nicht zu boykottieren. Die Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen sind im Gegensatz zu den Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen am 25. August 1993 offensichtlich einigermaßen befriedigend gelaufen. Dies ist ein Fortschritt. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen, bei denen sie ihre Wahlbeobachtung abgebrochen hatte, diesmal an der Wahlbeobachtung teilnehmen wird.

Gleichwohl ist die Stimmung in Togo vor dem ersten Durchgang der Parlamentswahlen am 06. Februar 1994 gespannt und unruhig. Nach einem vielversprechenden demokratischen Anlauf in Togo im Jahre 1991 durch die Einberufung einer Nationalkonferenz und eines Hohen Rates der Republik unter Erzbischoff Kpodzro, also von gegenüber dem bisherigen rechtslastigen Diktator Eyadema unabhängigen neuen politischen Organen, hatte Eyadema mit Hilfe des Militärs und eines schwankenden Übergangspräsidenten Koffigoh, einem ehemals Oppositionellen, allmählich wieder die Macht an sich gezogen und Nationalkonferenz und Hohen Rat der Republik zur völligen Bedeutungslosigkeit degradiert. Die Gründe für die vollständige Rückkehr zur alten diktatorischen Machtfülle Eyadema sind vielschichtig. Insbesondere hatten Nationalkonferenz und Hoher Rat der Republik Eyadema nicht in die Rolle eines reinen Repräsentanten des Staates zurückdrängen können. Er behielt die Macht über das ihm treu ergebene und aus seinem Stamm kommende Militär. Die Opposition war zudem viel zu gespalten.

Nach den demokratisch fragwürdigen Präsidentschaftswahlen vom 25. August 1993, bei denen der bisherige Präsident Eyadema mit blamabler Wahlbeteiligung, die einem "Wahlboykott durch die Bevölkerung gleichkam", gewählt wurde, bieten die Parlamentswahlen nochmal eine Chance, einen wenn auch sehr schwierigen und langsamen Demokratisierungsprozeß für Togo einzuleiten.

Ein großes Fragezeichen bleibt die Wahlbeteiligung. In der togoischen Bevölkerung überwiegt auf Grund aller bisher erfolglosen Demokratisierungsversuche, einem letztlich erfolglosen Generalstreik, dem Verbleiben von Eyadema an der Macht auf Grund manipulierter und boykotierter Präsidentschaftswahlen und nicht zuletzt auch wegen der äußerst schlechten wirtschaftlichen Lage politische Müdigkeit und Lethargie. Auch bezweifelt sie, ob es zwischen einem undemokratisch gewählten Präsidenten und einem demokratisch gewählten Parlament eine Zukunft für das Land geben kann. Allerdings scheint sich auf Grund des eingesetzten massiven Wahlkampfes der Opposition das Interesse der Bevölkerung an der Wahl kurzfristig zu steigern.

Die Opposition in Togo ist vor den Parlamentswahlen leider nicht geschlossen. Dies ist nicht das erste Mal der Fall und schwächt immer wieder die Opposition und stärkt Präsident Eyadema. Dies belastete und belastet nachhaltig den Demokratisierungsprozeß in Togo. Die Partei des wichtigen Oppositionspolitikers Gilchrist Olympio, die "Union des Force du Changement" (UFD), der in Accra (Ghana) faktisch im Exil lebt, boykottiert die Wahlen mit dem Argument, daß keine faire Wahlen stattfinden. Olympio hat jetzt auch ausdrücklich zum Wahlboykott aufgerufen. Ebenso wird die eher moslemische Partei von Boukari (ADIP), die in Mittel-Togo ihre Anhängerschaft hat, und die eine Gruppierung aus einem Bündnis von drei eher linken Parteien ist, die Wahlen boykottieren. Für diese Gruppierung von vor allem linken Intellektuellen mit panafrikanischer sozialistischer Orientierung steht Gniniivi.

Landesweit nehmen die beiden großen Oppositionsparteien "Union de la Democratique Togolaise" (UDT) von Edem Kodjo und das "Comite d'Action pour le Renouveau" (CAR) von Jaovi Agboibor sowie acht weitere Parteien an den Parlamentswahlen teil. Sie alle führen jetzt einen weitgehend unbehinderten intensiven Wahlkampf.

Die weiteren landesweit in fast allen der 82 Wahlbezirke kandidierenden Parteien sind "Rassemblement du Peuple Togolais" (RPT), die ehemalige Einheitspartei Togos und jetzige Regierungspartei Eyademas, und das Parteienbündnis "Coordination de Force Nouvelle" (CFN) des Übergangs-Premierministers Koffigoh. In fast allen Wahlbezirken gibt es zusätzlich auch unabhängige Kandidaten, bei denen eine parteipolitische Zuordnung zur Zeit nur schwer möglich ist.

Bis zum Tag der Wahl gibt es aber immer noch ein zentrales Problem. Das sind ständige Gerüchte, daß es zu einer Wiederholung der Vorfälle vom 5./6. Januar 1994 an der ghanaisch-togoischen Grenze kommen kann, die auf das Wahlgesehehen massiv Einfluß nehmen würden, ja die Wahlen unmöglich machen könnten. Die Regierung zeigt sich außerordentlich nervös.

Der Wahlkampf findet also intensiv statt. Die rechtlichen, technischen und organisatorischen Wahlvorbereitungen sind für afrikanische Maßstäbe einigermaßen zufriedenstellend. Es besteht also die Möglichkeit, daß die Parlamentswahlen insgesamt ordnungsgemäß ablaufen werden. Dennoch sind Manipulationen bei den Wahlen selbst nicht ganz auszuschließen.

Die Zahl der von der togoischen Regierung eingeladenen internationalen Wahlbeobachter ist im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen vom 25. August 1993 begrenzt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß Deutschland und die USA ihre Wahlbeobachter einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen am 25. August 1993 zurückgezogen hatten, weil für sie die Präsidentschaftswahl wegen gravierender Mängel und Manipulationen im Vorfeld der Wahlen durch den Präsidenten keine demokratische Wahl war.

Zur Zeit ist Togo noch sehr weit von demokratischen Verhältnissen entfernt. Ein Mißlingen der Parlamentswahlen wäre ein großer Rückschlag für das Land. Insbesondere nach dem negativen Verlauf der Präsidentschaftswahlen kommt den Parlamentswahlen deshalb eine große Bedeutung für die Demokratisierung Togos zu.

(-/2. Februar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*